

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES VON OLTEN

vom 17. Juni 2019

Prot.-Nr. 170

Motion Simon Muster (SP/JSP) betr. Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen/Beantwortung

Am 16. Mai 2019 hat Simon Muster (SP/JSP) folgende Motion eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament eine gesetzliche Grundlage für die Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und von Kampagnen vorzulegen.

Begründung:

Gerade auf kommunaler Ebene, wo politische Entscheide unmittelbare und weitreichende Folgen haben können, ist Transparenz von grosser Bedeutung. Vergangene Abstimmungen haben gezeigt, dass auch Interessenverbände ausserhalb der Gemeinde durch aktive Finanzierung von politischen Kampagnen und Parteien einen spürbaren Einfluss auf das politische Geschehen in Olten genommen haben. Dabei ist Transparenz ein Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie – nur mit ihr ist das politische Geschehen überhaupt in ihrer Ganzheit für die Bevölkerung einsehbar. Gleichzeitig führt die Intransparenz der Schweizer Politik immer wieder zu Misstrauen in der Bevölkerung. Um dieses Vertrauen zu stärken, schlägt der Motionär vor, dass die Stadt Olten selbstständig eine gesetzliche Grundlage für die Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen ausarbeitet. Eine Möglichkeit wäre eine Verpflichtung für alle im Parlament vertretenen politischen Parteien, sowie aktiven politischen Kampagnen, ihre Finanzierung jährlich auf der Homepage der Stadt Olten und im Stadtanzeiger detailliert zu veröffentlichen. Die genaue Ausgestaltung über Wortlaut, Freibeträge und Publikationswege sind dem Stadtrat überlassen.

Der Kanton Solothurn weist keine Regelung über politische Parteien auf. Ein Vorschlag, der Transparenz auf kantonaler Ebene forderte, wurde vom Kantonsrat im Mai 19 abgelehnt. Aber es gilt: Wo kantonale Regelungen fehlen, können Gemeinden diesbezüglich frei Regelungen erlassen. In verschiedenen Kantonen ist die Offenlegung der Parteienfinanzierung bereits festgeschrieben. Bis der Kanton Solothurn nachzieht, soll Olten als grösste Gemeinde eine Vorreiterinnenrolle einnehmen. So kann ein wichtiger Betrag zum Verhältnis von Bevölkerung und Politik geleistet werden und gleichzeitig die Ängste der Gegner*innen einer kantonalen und nationalen Gesetzesgrundlage abgebaut werden.»

* * *

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet im Namen des Stadtrates den Vorstoss wie folgt:

Grundsätzlich ist nicht abschliessend geklärt, ob für die erwähnte Thematik ohne Überbau auf kantonaler oder gar eidgenössischer Ebene auf kommunaler Ebene Vorschriften erlassen werden können. Zumal der Kantonsrat im vergangenen Mai eine kantonale Regelung abgelehnt hat und in dieser Sache auch eine Delegationsnorm an die Gemeinden, deren Autonomie durch den Kanton geregelt ist, fehlt. Abgesehen davon stellt sich aber auch die Frage, ob ein solches Vorgehen überhaupt sinnvoll wäre, sind doch die Ressourcen auf städtischer Ebene in keiner Weise vorhanden, um die angeforderten Daten auch zu kontrollieren und Verstösse zu sanktionieren und so die angestrebte Transparenz zu

ermöglichen; die Beauftragung einer unabhängigen externen Stelle würde andererseits für deutliche Mehrkosten sorgen.

Die vom Postulanten geforderte Transparenz erachtet auch der Stadtrat als erstrebenswert, wurden doch gerade bei den städtischen Abstimmungsvorlagen der jüngsten Vergangenheit offenbar ansehnliche Geldmittel eingesetzt, deren Herkunft sicher auch für die Öffentlichkeit interessant gewesen wäre. Wie erwähnt wirft indessen die Umsetzung allfälliger Vorschriften Fragen auf. Fakt ist, dass von Seiten der Stadtverwaltung beispielsweise auch nicht überprüft werden kann, ob der seit März 2017 vorgeschriebenen Offenlegung der Interessenbindungen durch Parlamentsmitglieder vollumfänglich nachgelebt wird; eine Sanktionsmöglichkeit fehlt hier ebenfalls. Es kommt hinzu, dass diese auf Gemeindeebene ohnehin auf die Friedensrichterkompetenz von 200 Franken beschränkt wäre. Zudem müsste die gewünschte Offenlegung der Finanzierungen bereits im Vorfeld der jeweiligen Entscheide erfolgen, damit die Informationen über die Finanzierungen für die Entscheidenden noch von Interesse sind. Auch die Einforderung dieser Angaben und die Überprüfung diesbezüglicher Fristen würde für zusätzlichen Aufwand sorgen.

Der Stadtrat befürwortet aus diesem Grund eine freiwillige Deklaration der Finanzierung von politischen Parteien und von Kampagnen und würde für diesen Zweck auch eine Publikationsmöglichkeit auf der städtischen Homepage zur Verfügung stellen. Er empfiehlt indessen dem Gemeindeparlament, die Motion, welche eine gesetzliche Grundlage auf kommunaler Ebene fordert, deren Einhaltung seiner Ansicht nach unter den heutigen Gegebenheiten nicht kontrolliert werden kann, nicht erheblich zu erklären.

Mitteilung an:
Gemeindeparlament
Parlamentsakten
Direktionsleiter entsprechenden Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Stadtkanzlei Olten
Der Stadtschreiber:

